

Europa könnte mit 160 Milliarden Dollar in der Pflicht stehen, um die Ukraine über Wasser zu halten.

Belgien hält vorerst an der Verwendung der eingefrorenen Vermögenswerte Russlands fest, wodurch Europa verpflichtet ist, die Lichter am Leuchten und den Krieg am Laufen zu halten.

2. Dezember 2025 | Ian Proud

Selbst wenn der Krieg morgen enden würde, könnte Europa in den nächsten zwei Jahren mit [135 Milliarden Euro](#) (fast 160 Milliarden Dollar) zur Kasse gebeten werden, um die Ukraine über Wasser zu halten. Brüssel scheint keinen Plan B in petto zu haben.

Ich habe bereits im September 2024 davor gewarnt, dass die Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte zur Finanzierung des Krieges in der Ukraine Russland davon abhalten würde, um Frieden zu bitten. Seitdem hat sich nichts geändert. Russland behält die Oberhand auf dem Schlachtfeld, verfügt über finanzielle Reserven, hat nach westlichen Maßstäben eine extrem niedrige Verschuldung und kann es sich trotz der menschlichen Kosten leisten, weiter zu kämpfen. Putin wartet offensichtlich darauf, dass den Europäern das Geld ausgeht, da er weiß, dass sie früher als er zahlungsunfähig werden.

Im September 2024 habe ich erstmals davor [gewarnt](#), dass die Verwendung eingefrorener russischer Vermögenswerte zur Finanzierung des Krieges in der Ukraine Russland davon abhalten würde, um Frieden zu bitten. Seitdem hat sich nichts geändert. Russland behält die Oberhand auf dem Schlachtfeld, verfügt über finanzielle Reserven, hat nach westlichen Maßstäben eine [extrem niedrige Verschuldung](#) und kann es sich trotz der menschlichen Kosten leisten, weiter zu kämpfen. Putin wartet offensichtlich darauf, dass den Europäern das Geld ausgeht, da er weiß, dass sie vor ihm pleite sein werden.

Derzeit scheint seine Strategie aufzugehen, denn die Ukraine hat kein Geld und Europa – das nicht bereit ist, die Ukraine in einen ungünstigen Frieden zu drängen – stöhnt unter der Verpflichtung, eine Lösung zu finden. Im Mai [berichtete](#) ich auch, dass „die Ukraine bereits um mehr Geld bittet, um den Kampf bis 2026 fortzusetzen, ein sicheres Zeichen dafür, dass Präsident Wolodymyr Selensky keine Pläne hat, den Krieg zu beenden“.

Zu diesem Zeitpunkt wurden die voraussichtlichen Kosten für die Fortsetzung des Krieges um ein weiteres Jahr auf etwa 43,3 Milliarden Dollar geschätzt. Seitdem sind die Kosten auf 63 Milliarden Dollar im Jahr 2026 gestiegen und werden laut IWF in den nächsten vier Jahren 136,6 Milliarden Dollar erreichen.

Europa verfügt einfach nicht über diese frei verfügbaren Mittel. Infolgedessen geraten die europäischen Politiker in Panik, da sich die Folgen des enormen Haushaltsdefizits der Ukraine nun bemerkbar machen.

Dieses Huhn, um den belgischen Premierminister Bart de Wever in seinen [Äußerungen](#) nach der Tagung des Europäischen Rates im Oktober zu zitieren, sind die 140 Milliarden Dollar an eingefrorenen russischen Vermögenswerten, die die EU-Kommission zur Absicherung eines „Reparationskredits“ an die Ukraine verwenden möchte. Es liegt auf der Hand, dass dieses Geld nicht für Reparationen gedacht ist, sondern vielmehr dazu dient, die zu erwartenden Defizite der Ukraine in Zukunft auszugleichen.

Das gesamte Geld würde in die Staatskasse der Ukraine fließen, um die laufenden Ausgaben zu decken, wobei allein die Verteidigungsausgaben derzeit täglich [172 Millionen Dollar](#) betragen, verglichen mit 140 Millionen Dollar pro Tag vor einem Jahr. Und da die Haushaltsschätzungen der Ukraine [nur nach oben](#) und nicht nach unten gehen, wird dieses Geld nicht ewig reichen.

An dieser Stelle könnte man versucht sein zu glauben, dass die enormen Verteidigungsausgaben der Ukraine, die etwa [63 Prozent des Staatshaushalts](#) ausmachen, zurückgehen werden, wenn der Krieg in diesem Jahr als Reaktion auf die Friedensinitiative von Präsident Trump endet. Ich fürchte jedoch, dass diese Annahme falsch ist. Europa hat die USA unter Druck gesetzt, die Größe der fast eine Million Mann starken Armee der Ukraine in keinem Friedensabkommen [zu begrenzen](#). Im besten Fall könnte die Ukraine beschließen, die Größe ihrer Armee schrittweise zu reduzieren. Aber das würde dennoch für einige Jahre ein großes Haushaltsloch hinterlassen. Eine große Armee finanziert sich jedoch nicht von selbst, und die Europäer würden die Rechnung bezahlen müssen.

Es überrascht vielleicht nicht, dass die Belgier „[Nein](#)“ zur Verwendung von eingefrorenen Vermögenswerten in ihrem Land zur Finanzierung des Haushaltsdefizits der Ukraine sagen. Premierminister De Wever behauptet, dass dies die [Bemühungen der USA](#), den fast vier Jahre andauernden Krieg zu beenden, zunichte machen würde, da es Russland davon abhalten würde, sich zu einigen, was uns zu dem Punkt zurückbringt, den ich vor 15 Monaten angesprochen habe.

Das tiefere Problem für Belgien ist jedoch die Befürchtung, dass die Sanktionierung der Enteignung russischer Staatsvermögen auf wackeliger rechtlicher Grundlage seinen finanziellen Ruf zerstören und Investoren aus den Entwicklungsländern abschrecken würde. Die in Belgien ansässige Euroclear, bei der die eingefrorenen russischen Vermögenswerte gehalten werden, verfügt über einen Bestand von 4 Billionen Dollar an Staatsvermögen aus aller Welt. Wenn man beginnt, diese Vermögenswerte „aufzuzehren“, wie es der belgische Premierminister ausdrückt, indem man sie im Wesentlichen an die Ukraine verleiht, könnte dies „den Ruf Belgiens als zuverlässiger Finanzplatz [schädigen](#) und das Vertrauen in den Euro und das Finanzsystem der EU untergraben“.

Wie zu erwarten war, hat dies zu einer Protestwelle seitens anderer europäischer Staaten geführt, die [zunehmend Druck](#) auf Belgien ausüben, nachzugeben und die Gelder für die Ukraine freizugeben. Aber wie De Wever mehrfach betont hat, bieten diese europäischen Staaten, beispielsweise Frankreich, Deutschland, die Niederlande und Luxemburg, nicht an, die in ihren Hoheitsgebieten eingefrorenen russischen Vermögenswerte freizugeben und damit das finanzielle Risiko zu teilen. Sie sind auch nicht bereit, das Darlehen für die in Belgien gehaltenen Vermögenswerte mit Garantien zur Rückzahlung eines Teils der Kosten zu unterstützen, sollte Russland nach Kriegsende erfolgreich rechtliche Schritte einleiten. Daher hält Belgien vorerst an seiner Haltung fest und blockiert das Darlehen, wobei es kaum Anzeichen dafür gibt, dass es nachgeben wird.

Infolgedessen wurde die Angelegenheit auf Dezember vertagt, um eine [endgültige Entscheidung](#) zu treffen und den Eurokraten in Brüssel Zeit zu verschaffen, ihre widerspenstigen belgischen Gastgeber zu beeinflussen. Wenn keine Einigung erzielt werden kann, droht der Ukraine aufgrund ihres [Moratoriums für die Rückzahlung von Schulden](#) und ihres Ausschlusses vom Zugang zu den westlichen Kapitalmärkten, dass ihr das Geld für den Kampf ausgeht.

Damit sieht sich die EU-Kommission möglicherweise gezwungen, Kapital auf den Märkten aufzunehmen, um der Ukraine einen [nicht rückzahlbaren Zuschuss](#) zur Deckung ihres Finanzierungsbedarfs im Jahr 2026 zu gewähren.

Wie sind wir hier gelandet? Seit 2024 sind die westlichen Sponsoren des Krieges in der Ukraine zunehmend von der Bereitstellung von kostenlosen Geldern zu Krediten übergegangen, insbesondere mit dem letzten großen G7-Kredit in Höhe von 50 Milliarden Dollar, der im Juni 2024 vereinbart wurde. Da jedoch die Staatsverschuldung der Ukraine im Verhältnis zum BIP von 49 Prozent im Jahr 2021 auf jetzt 109 Prozent gestiegen ist, könnte eine weitere Verschuldung des vom Krieg zerstörten Landes buchstäblich bedeuten, die Ukraine mit Freundlichkeit zu töten.

Der Reparationskredit war eindeutig als Mittel gedacht, um Russland zur Kasse zu bitten, damit weder die Ukraine noch Europa dafür aufkommen mussten. Die Bemühungen, außerbudgetäre Mittel zur Finanzierung des Krieges in der Ukraine zu finden, waren schon immer „eine [unschickliche Suche](#) nach Alternativen zur Finanzierung durch westliche Steuerzahler“. Einfach ausgedrückt: Die finanzschwachen europäischen Regierungen können es sich nicht ohne Weiteres leisten, der Ukraine ihr eigenes Geld zu geben, während sie zu Hause mit zunehmendem politischen Gegenwind von nationalistischen Parteien konfrontiert sind.

Die etablierten politischen Führer Europas lehnen die Idee, den sinnlosen Krieg in der Ukraine zu einem dringend notwendigen Ende zu bringen, weiterhin unerbittlich ab. Dafür werden sie in den kommenden Jahren bei den Wahlen den Preis zahlen müssen, da die hohen Kriegsausgaben ihre Legitimität im eigenen Land untergraben. Das ist umso bedrückender, als es völlig vorhersehbar war.